

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Gravenstr. 5/6, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Verlagsort: Breslau, Nr. 774.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werksfähige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Verantwortungsgewalt trägt für die Druckerei die Expedition, Neue Gravenstr. 5/6, in Breslau. Druckerei: Die „Volkswacht“ Druckerei, Neue Gravenstr. 5/6, in Breslau.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 162.

Donnerstag, den 14. Juli 1898.

9. Jahrgang

Politische Uebersicht.

„Arbeitswillig.“

Ein Gebot ist es, welches alle Klassenbewußten Proletarier ihren Kindern einschärfen und als heiliges Vermächtnis mit auf den Lebensweg geben sollten — „Du sollst nicht freibreachen.“

Mit Recht, schreibt das „Hamburger Echo“, wird der Vaterlands-Verräther allgemein verachtet und hart bestraft, der im Kriege um schändlichen Judaslohn der feindlichen Macht Vorschub leistet oder ihr im Frieden (wie angelich der Dreyfus) Spionendienste leistet. Was aber politisch, im Verhältnis der Staaten und Völker zu einander, die Nation, das ist social die Klasse. Man kennt ja das oft citirte Wort des englischen Premierministers Lord Beaconsfield von zwei Nationen (zwei Nationen), wonach gegenwärtig Capital und Arbeiter einander gegenüberstehen wie oder besser als zwei Nationen. In socialer Hinsicht ist das Vaterland des Arbeiters seine Klasse, und sein Patriotismus ist, in den Kämpfen der Arbeiter mit den Unternehmern um gerechte Forderungen, in Kämpfen und sie nach Kräften zu unterstützen. Verath an ihrer Klasse aber, gleich dem Vaterlandsverräther an seiner Nation, verüben diejenigen Arbeiter, die es mit dem Feind halten und sich ihm zur Verfügung stellen, und damit den Sieg der Unternehmer über die kämpfenden Klassengenossen und Kollegen herbeiführen.

Und dieser Verrath ist um so schwärzer, als bei socialen Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen nicht zwei Mächte von annähernd gleichen Kräften einander gegenüberstehen, wie in Bürgerkriegen, sondern eine schwache gegen eine starke Macht; die wirtschaftlich schwache Arbeiterklasse kämpft gegen das wirtschaftlich überlegene Unternehmertum, das nicht allein über den großen Geldsack verfügt, sondern auch vielfach von Polizei und Staatsgewalt unterstützt wird. — Dieser Verrath ist ferner auch darum um so schwärzer, weil den kämpfenden Arbeitern die Gerechtigkeit zur Seite steht, ihre ökonomische Behdrängnis, ihre schlechte Klassenlage sie in den Kampf getrieben hat.

Dieser Auffassung hat vor einiger Zeit auch der rühmlichst bekannte dänische Professor Harald Höfding in seinem kürzlich in Neuauflage erschienenen Buche „Ethik“ Ausdruck gegeben. Er schreibt: „Für den einzelnen Arbeiter kann während der von einem Fachverein beschlossenen Arbeitsniederlegung ein ernster ethischer Conflict entstehen, indem er zwischen seine hungernde Familie und dem gestellt wird, was er als seine Standesehre und Standeswohlfaht ansehen muß. Das Verhalten der Fachvereine gegenüber den sogenannten „Streikbrechern“ ist oft streng gewesen. Aber man muß bedenken, daß hier ein ethischer Conflict vorliegt. Wenn die Arbeitsniederlegung wirklich im Interesse des ganzen Standes geschieht, ist es unzweifelhaft die Pflicht des Einzelnen — eine Pflicht, die das Solidaritätsgefühl überall einschärft — so lange wie möglich auszuhalten. Selbst wenn er nicht zum Fachverein gehört, wird er Nutzen von einem Sieg haben und wird daher in der Zeit des Kampfes nicht seine Sache von der des Vereins trennen können. Es ist eine große Verantwortung, welche diejenigen auf sich nehmen, die

den Krieg erklären; ist aber der Krieg erklärt, muß der Einzelne sich in das unvermeidliche Leid fügen. Und in diesen Kämpfen sind unzweifelhaft in den engen und verborgenen Verhältnissen, in denen sie sich abspielen, Eigenschaften an den Tag gelegt worden, die auf einem größeren Schauplatz historischen Ruhm verschafft haben würden.“ Prof. Höfding citirt hier den Ausspruch des Nationalökonomisten Stanley Jevons: „Ich zweifle nicht daran, daß, wenn die Geschichte der Streiks und Arbeiterkämpfe vollständig geschrieben würde, sie ebenso viele Beispiele von Treue und Selbennuth und furchtlosen Lebens im Glend darbieten würde, als mancher Krieg, den die Weltgeschichte beschreiben.“

Sogar ein englischer Richter hat sich auf diesen Standpunkt gestellt. Im Juni vorigen Jahres wurde vor einem Londoner Gericht ein Gewerkschaftsmitglied verurtheilt, welches angeklagt war wegen Einschüchterung eines Streikbrechers, der zur Arbeit ging. Beim Verhör sagte der Richter: „Für die Gewerkschaftsmitglieder ist ein Streikbrecher für seine Klasse das, was ein Verräther für sein Land ist, und obgleich beide in beschwerlichen Zeiten nützlich sein mögen für die eine Partei, so sind sie doch verachtet von allen, sobald der Frieden zurückkehrt. Der Streikbrecher ist der letzte, welcher einem anderen Hilfe giebt, aber der erste, welcher Hilfe verlangt, doch arbeitet er niemals geschickt. Er nimmt nur auf sich Rücksicht, aber er sieht nicht über den nächsten Tag hinaus; jedoch für Geld und würdelose Zubilligung wird er seine Freunde verrathen, seine Familie und sein Land. Mit einem Wort: er ist ein Verräther in kleinem Maßstabe, der erst seine Kollegen verkauft und nachher wird er von seinem Arbeitgeber verkauft, bis er zuletzt verachtet und verabscheut ist von beiden Parteien. Er ist ein Feind seiner selbst, der Gegenwart und der kommenden Gesellschaft.“ Was für ein „wildes Land“ ist dieses England, wo Richter solchen Anschauungen Raum geben!

Wenn sich die Arbeiter die Kreise genauer ansehen, die neuerdings die „Arbeitswilligen“ in ihre Protection genommen haben, so muß ihnen, soweit sie „helle“ sind, jeder Appetit zur Streikbrecherei gründlich vergehen, mag die Verführung noch so verlockend an sie herantreten.

Salus publica suprema lex: „Das Wohl der Gesamtheit muß oberstes Gesetz sein“, und daraus ergibt sich für die Arbeiter in Streikbewegungen als oberstes Gebot: Du sollst nicht freibreachen!

Gegen das Wahlrecht! Vor den Wahlen im Munde der Conservativen nichts als Bestenungen, daß an eine Abänderung des bestehenden Reichswahlrechts nicht zu denken sei. Nach den Wahlen erklärt das sächsische „Vaterland“: „Was wir wünschen, ist, daß mit dem bestehenden Wahlrecht gründlich aufgeräumt werde. Es würde eingeschätzt, als man die Grützen einer großen, direct waterlandsfeindlichen Partei nicht voraussehen konnte; nachdem diese unerhörte Thatsache aber in die Erscheinung getreten, ist es Pflicht der Reichsregierung, Wandel zu schaffen und die Maßnahmen zu treffen, welche das Wohl des Vaterlandes gebieterisch erheischt.“

Wahlbeeinflussungen. Die Wähler finden jetzt auf einmal heraus, daß Wahlbeeinflussung von Uebel sei. Die „Deutsche Tagesztg.“ theilt mit, daß in Westfalen in einigen Kreisen, wo das Centrum siegte, die Geistlichen sich einer

starken Wahlbeeinflussung schuldig gemacht haben. Ist das wahr, so heißt es weiter, dann kann kein Zweifel bestehen, daß nicht nur die Wahlen für ungültig erklärt, sondern auch die betreffenden Geistlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen.“ Schön. Und was hat mit den Landrättern und Mittergutsbesitzern zu geschehen, die eine noch viel stärker und wirksamere Wahlbeeinflussung zu Gunsten der Agrarier betrieben?

Die geschickteste Zuckerkonferenz. Die Brüsseler Konferenz, welche über Abschaffung der Zuckerprämien verhandelt wurde, ist „vertagt“ und hat den beteiligten Regierungen die Fortführungen der Verhandlungen auf dem diplomatischen Wege anheimgestellt. Diese schöne Redensart bedeutet aber nichts Anderes, als die vollständige Resultatlosigkeit der Konferenz. Auf diplomatischem Wege hätten die Regierungen schon lange vorgehen können, wenn der Weg irgend zum Ziele führen konnte. — Mit dem Resultate muß man die Rede vergleichen, die der „gewiegte Diplomat“ Herr von Thielmann, Staatssekretär des deutschen Reiches, gegen Ende des Jahres 1897 im Reichstage gehalten hat. Der Herr war damals sehr optimistisch und meinte, die Aufhebung könne gar keine Schwierigkeiten machen, was, wie angebeutet wurde, der deutschen Zoll- und Prämienfabrik zuguschreiben sei. Deutschland hatte nämlich im Jahre 1896 seine Prämien nahezu verdoppelt, abgesehen 1891 die Abschaffung der Prämien von 1897 an ins Auge gefaßt worden war. Man meinte eben, das Ausland „würde ansetzen“ zu können. Um diese Prämien bezahlen zu können, wurde den deutschen Consumen eine neue Last aufgebürdet: die Zuckerverbrauchssteuer wurde von 18 auf 20 Mark erhöht. Darauf wurden nun in anderen Ländern natürlich die Prämien gleichfalls erhöht, und den Vorteil hatten wieder einmal die Engländer, die sich den Mundes sich eine Politik gefaßt ließen, bei der sie den Zucker unter dem Produktionspreise erhalten, weil die Consumen des Continents einen Theil der Produktionskosten für den Zucker zahlen, der ins Ausland geht. Andererseits ist die Zuckerproduction, die treibhausartig gefördert wurde, natürlich gestiegen und die Preise sind weiter gefallen.

In Deutschland allein stieg die Production des Rohzuckers fortwährend: 1891 waren es 1,114,300 Tonnen, 1896 1,537,500 Tonnen, 1897 1,788,900 Tonnen. Also eine gewaltige Steigerung nach dem letzten Prämiengefesse, und das trotzdem der Preis für Rohzucker von 26 auf 20 Mark fiel, nachdem das Gesetz erlassen war, und heute nur 18 Mark beträgt. Die Production beruht also direct auf der Prämienwirtschaft, es wird producirt, weil die Prämie etwaige Verluste deckt. Man rechnet nun darauf, England werde zum Schutze der geringen Zuckerproduction in einigen seiner Colonien den „Prämienzucker“ mit Ausgleichslohn belegen. Darauf allein kann Herr Thielmann gerechnet haben. Aber die Engländer sind beim Zucker nicht so dumme, wie diesen Gefallen zu thun. Sie lassen sich den für sie billigen Prämienzucker gutschmecken, errichten mächtige Fabriken und Bläuenfabriken, die billiger arbeiten können, weil sie den billigen Zucker haben und in Folge dessen die continentale Production schlagen; den Producenten in den Colonien aber, darin liegt eine ungleichliche Prämie, verspricht der Staat, sie ebenfalls mit Prämien zu unterstützen. Die weisen Staatsmänner, besonders die deutschen, haben also wieder einmal ganz das Gegentheil von dem erreicht, was sie beabsichtigten, aber trotzdem will keiner zurück und den Anfang mit Aufhebung der Prämien machen. Es wird interessant sein, was der deutsche Reichstag dazu zu sagen haben wird.

Zur Hebung des Zuckerverbrauchs sollen jetzt die Kriegervereine in Anspruch genommen werden. Auf dem Abgeordnetentag des Deutschen Kriegerbundes in Weisensfels schlug Fabrikbesitzer Engel-Wagdeburg vor, eine Empfehlung des Zuckers an die Vorsitzenden der Kriegervereine im ganzen Deutschen Reich zu richten und ihnen ans Herz zu legen, daß sie für Zuckergenuß Sorge tragen. Die Kriegervereine zählten ca. eine Million Mitglieder in Deutschland. Da könnten wohl Wege gefunden werden, um auf diese Weise den Zuckerconsum zu erhöhen.

Auf dem deutschen Kriegerbundestage in Weisensfels haben der Oberpräsident von Bötticher und der General von Spig gegen die Socialdemokraten

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola.

Uebersetzt von Dr. H. Hofé.

(Der Sachverhalt entspricht dem in „Le roman expérimental“ von Zola.)

83)

Die Gräfin hatte ihrer neuen Freundin einen raschen Blick zugeworfen. Jetzt begriffen beide, weshalb Madame Desforges ins „Glück der Damen“ gekommen war, trotzdem sie mit Mouret drogen hatte. Zweifellos gab sie dem unwiderstehlichen Drang nach, selbst zu gehen und zu leiden.

— Ich werde bei Ihnen bleiben, sagte Madame Guibal, deren Neugierde rege geworden, zu ihr. Wir werden Madame de Doves im Lesezimmer wiederfinden.

— Nun gut! Es ist recht so, erklärte diese. Ich habe im ersten Stock zu thun. . . Kommst Du, Blanche?

Sie stieg von ihrer Tochter gefolgt hinauf, während der Inspector Jouve, der stets in der Nähe der Damen geblieben war, eine der nächsten Treppen benutzte, um nicht die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Die beiden anderen Damen verschwanden in dem Gedränge im Erdgeschoß.

Inmitten des Verkaufstreibens sprach man in allen Abtheilungen von nichts Anderem als von dem Liebesroman des Chefs. Man hatte am Abend vorher erfahren, daß das junge Mädchen ungeachtet aller Bitten Mourets das „Glück der Damen“ verlassen wollte und daß sie als Vorwand ihr Bedürfnis nach Ruhe angebe. Und es handelte sich nun um die Frage: Wird sie gehen? Wird sie nicht gehen? In den Abtheilungen wurden Wetten zu hundert Sous für den nächsten Sonntag abgeschlossen. Alle stimmten übrigens in der Ansicht überein, daß diese kleine Verkäuferin mit großem Geschick operirt habe und daß sie jetzt den letzten Trumpf ausspielt, heirathe mich, oder ich gehe.

Denise dachte indessen gar nicht an etwas Derartiges. Sie war stets anspruchslos gewesen und irgendwelche Berechnungen lagen ihr fern. Nur das Gerüde über ihr Benehmen, das zu ihrem Erlaunen kein Ende nahm, veranlaßte sie, das Geschäft zu verlassen. Als sie Mouret um ihre Entlassung gebeten, war er stumm und fast starr geblieben, so viel Mühe kostete es ihm, sich zu beherrschen. Dann erklärte er in trockenem Ton, daß er ihr acht Tage Bedenkzeit gebe, bevor er ihr gestatte, eine solche Dummheit zu begehen. Als sie nach Ablauf von acht Tagen auf ihre Absicht zurückkam, und nun ihren festen Entschluß kundgab, nach der Eröffnung der neuen Verkaufsräume das Geschäft zu verlassen, wurde er nicht bestigt, sondern versuchte, sie durch Vernunftgründe von ihrem Vorhaben abzubringen: sie trete ihr Glück mit Füßen, sie werde nirgends eine solche Stellung finden wie sie hier einnehme. Ob sie schon eine andere Stellung in Aussicht habe? Er sei stets bereit, ihr dasselbe zu bieten, was ihr anderswo geboten werde. Und als das junge Mädchen erwiderte, sie habe sich noch nach keiner anderen Stellung umgesehen, sie wolle sich in Balognes einen Monat Ruhe gönnen, was ihre Ersparnisse ihr jetzt gestatteten, da fragte er sie, was sie abhalten könne, dann wieder in das „Glück der Damen“ zurückzukehren. Sie schwieg. Dieses Verhör war für sie ein Dual. Nun bildete er sich ein, daß sie einen Geliebten, vielleicht ein Gatten dort auffuchen wolle. Hatte sie ihm denn nicht eines Abends gestanden, daß sie Jemand liebe! Das erklärte ihren Eigensinn. Es war also Alles zu Ende. Er erklärte in eisigem Ton, daß er sie nicht länger zurückhalte, da sie ihm den wahren Grund ihres Gehens nicht mittheilen wolle.

Während der Woche, die Denise noch im Geschäft verbringen mußte, bewahrte Mouret seine eisige Kälte, doch unter derselben verbarg sich eine Krisis der größten Unentschlossenheit. Nach dem Tode der Madame Sabonin hatte er ge-

schworen, nicht wieder zu heirathen. Derselbe Aberglaube, der Bourdoncle beherrschte, hatte auch über ihn Macht: daß der Chef eines großen Modemaarenhauses unverschämter sein müsse, wenn er sich die unbeschränkte Herrschaft über seine Kunden erhalten wolle: eine Frau würde den Zauber zerstören und die anderen vertreiben. Doch dann lebte er sich wieder gegen diese Abneigung auf. Weshalb sollte er zittern? Sie war so sanft, so vernünftig, daß er sich ihr ohne Furcht hingeben konnte. An dem Morgen, an dem die Eröffnung der neuen Geschäftsräume stattfinden sollte, war er noch zu keinem Entschluß gelangt, und am folgenden Tag wollte Denise austreten.

Als Bourdoncle an diesem Tage wie gewöhnlich gegen drei Uhr in Mourets Arbeitszimmer trat, fand er ihn an seinem Schreibtische sitzend, den Kopf in die hohle Hand gestützt und so in Gedanken versunken, daß er ihn an der Schulter berühren mußte, um ihn auf sich aufmerksam zu machen. Mouret erhob sich in Thränen gebautes Gesicht, sie saßen sich an und reichten sich die Hände, die sie kräftig drückten, wie zwei Männer, die manchen Strauß zusammengefaßt haben. Seit einem Monat hatte sich Bourdoncles Auftreten völlig geändert: er beugte sich vor Denise und brangte selbst seinen Chef zur Heirath. Zweifellos mandorcierte er so nur deshalb, um nicht von einer Nacht weggeführt zu werden, deren Uebermacht er erkannt hatte.

Wenn man aber diesem veränderten Benehmen auf der Grund ging, konnte man finden, daß ein alter Ehegatte erwacht war, die erst unbestimmte, dann aber nach und nach immer mehr zunehmende Hoffnung, seinerseits Mouret zu verschlingen, vor dem er so lang den Rücken gebeugt hatte. Des lag in der Luft des Hauses, in diesem Kampf um das Dasein, der auch den Verkauf rings um ihn belebte. Er war von der in Bewegung befindlichen Maschine erfasst, der Appetit regte sich, die Hände waren ihm wie bei den anderen, die von einem

scharf gemacht. Herr von Böttcher hat von „vaterlandslosen Gesinnungen“ gesprochen. Herr von Spitz hat auch noch die Polen und Welfen als würdige Objecte Kriegervereinlicher Maßbelämpfung gezeichnet. — Daß die Kriegervereinigungen nicht allgemein dahin abgeändert werden, meint die „Vollstg.“, daß nur solche „Krieger“ Mitglieder werden dürfen, die nicht oppositionell wählen wollen, entspricht keineswegs mehr der Aufgabe, in welche sich diese Vereine allmählich hineingewachsen haben. Man kennzeichne sie doch klar ersichtlich als das, was sie sein sollen, als einen Wahlapparat für regierungsfreundliche Wähler, und es wird dann nicht mehr nötig sein, fortwährend Leute hinauszurufen, die Mitglieder geworden sind, weil sie geglaubt haben, einem unpolitischen Vereine beizutreten. Dann gehe man aber im staatlichen Interesse endlich noch einen Schritt weiter und greife zu der Radikalregel: jeden Freisinnigen und Socialdemokraten von der Wehrpflicht zu entbinden, denn wenn diese Elemente schon im Frieden „vaterlandslose Gesinnungen“ hegen, wie gefährlich müßten sie dem Staatswesen im Kriege werden!

Entschädigung der Privatpostanstalten. Die Verhandlungen des Reichspostamtes mit verschiedenen Privatpostanstalten bezüglich der diesen zu gewährenden Entschädigung, im Falle, daß die Ausdehnung des Postzwanges auf die Beförderung von geschlossenen Briefen im Ortsverkehr beschlossen werden sollte, lassen, wie die „Nordd. Allg. Stg.“ hört, ein befriedigendes Ergebnis beiderseits erwarten.

Zum Petitionsrechte der Beamten wird der „Nationall. Corr.“ von gut unterrichteter Seite geschrieben: Dieser war es im Reichstage die eingegangenen Beamtenpetitionen samt den Unterschriften den darum ersuchenden Behörden mitzutheilen. Der Reichstag hat aber keinen Zweifel daran gelassen, daß er diese Praxis der Reichstagsbeamten als durchaus ungehörig betrachtet, und die Reichstagsleitung hat die strenge Anordnung erlassen, daß in Zukunft einem Ersuchen um Mittheilung des Inhalts bezw. des Wortlauts von Petitionen nur insoweit entsprochen werden darf, als dem darum ersuchenden Behörden die Abschrift von Petitionen unter Weglassung der Namen der Petenten zur Verfügung gestellt wird. Es wird demnach nicht mehr vorkommen, daß irgend ein Beamter wegen der Unterzeichnung einer Petition von seiner Behörde zur Rechenschaft gezogen wird.

Herr von Lantsch wird, einer Localcorrespondenz zufolge, manmehr bestimmt am 1. October ein anderes politisches Amt antreten. Wohin der frühere Commissar der Berliner politischen Polizei kommen wird, weiß er, wie die Localcorrespondenz hinzufügt, selbst noch nicht. — Man sollte es doch für unirdisch halten, daß dieser Mann noch wieder preussischer Beamter sein könnte!

Ueber die Besteuerung der Waarenhäuser wurde in der habsburger Kammer verhandelt; dabei erklärte Minister Buchenberger, die Besteuerung der Großbezugs u. müße besonders geistlich geregelt werden, doch sei eine geistliche Regelung dieser Materie nur im Zusammenhange mit anderen größeren Bundesstaaten möglich. Er fügte hinzu, die habsburger Regierung habe sich deshalb bereits mit Preußen in Verbindung gesetzt.

Neue politische Nachrichten. Gottes Segen bei Sohn. Sowohl die Deutsche Colonialgesellschaft als auch der Deutsche Frauenverein für Kamerun liegen in den Colonien haben die Erlaubnis erhalten zehn Selbstbestimmten zu beantragen. In diesem Jahre soll davon eine, in den Jahren 1899, 1900, 1901 und 1902 aber sollen je zwei und 1903 wieder eine Colonie stattfinden. Jede Colonie soll aus 500.000 Eukern mit 16.700 Gelbfrauen im Gesamtbestande von 575.000 Eukern bestehen. — Der Colonialrat, der bis jetzt nur 25 Mitglieder zählt, soll um einige Mitglieder vermehrt werden. Bestimmt hat Herr Richter Anträge, hinzuzukommen, nachdem er sein großes Interesse für die Colonien durch Beitritt zum Colonialverein bekundet hat. — In sämmtlichen Schulen Strauens werden gegenwärtig auf Anordnung des Unterrichtsministers Dr. Sorensen die Erhebungen angeordnet, wie groß die Anzahl derjenigen Kinder ist, die nur deutsch oder nur litauisch oder beide Sprachen reden. Die Fortsetzung der Union, das an den dortigen Schulen der Religionsunterricht in litauischer Sprache erteilt werde, dürfte die Voraussetzung zu dieser Maßregel sein. — Die italienische Kammer hat sich am Dienstag um unbestimmten Zeit versammelt, nachdem die Regierungsvorlage über geistliche Angelegenheiten bei Erörterung der öffentlichen Ordnung in gehobener Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen worden.

nach oben sich fortplanzend die Schwächen zur Deute der Stärken werden ließ. Nur eine Art übergläubiger Gerechtigkeit sah er vor dem Erlolge, hatte ihn bisher abgehalten, seine Sinne zu zeigen. Nun aber wurde der Geist zum Rinde, wollte eine übertriebene Heirath schließen selbst sein Glück verächtlich, seinen Einfluß auf die Kandidatur schädigen. Warum sollte er ihn davon abhalten? Er konnte ja dazu so leicht die Erblichkeit dieses abgethanen Mannes antreten, der in die Arme einer Frau gefallen war.

Demerz, wie bei einem Abschied, mit dem Willen eines alten Kameraden drückte er die Hand des Geistes und wiederholte:

— Zum Teufel, jammern Sie doch nicht! ... Heirathen Sie, damit die Sache ein Ende finde!

Warum schäme ich mich bereits seiner Verzeihung. Er sprach sich. Er widerstand:

— Nein, nein, es ist ja barmherzig ... Kommen Sie, wir wollen unserer Randgang durch die Abholungen antreten. Es geht heute gut, nicht wahr? Ich glaube, es wird ein großartiger Tag werden.

Und so traten über Nachtstunde-Randgang durch die Abschieden Abscheidungen an. Barmherzigkeit nach Kommen von Zeit zu Zeit fortwährende Blide zu und spiegelte nach einem schwarzen Tag zu seinen Worten, da ihn die Energie, die er nicht gegeng, wieder befohlen wurde.

Bei dem letzten Verabschieden, das bereits begonnen hatte, ging ein Deber durch das ganze Haus, wie durch ein großes Erdbeben, das mit voller Deutlichkeit bezeugt. In Debers Abschied brachte sich eine Schaar Männer, umgeben von seinen Wächtern und Knechten, die unter den Aufmerksamkeiten verschwand, die man ihnen entgegenbrachte.

Die Abschieden hatte die Her weihen, Kräfte hervorgerufen, und es gab in eine solche Zeit von Welt, daß man die ganze Zeit fortwährend Kammeren hätte verlassen können:

Ausland.

Der spanisch-amerikanische Krieg.
Vom spanischen Kriegsschauplatz ist bisher die Capitulation Santiagos noch nicht gemeldet worden. Der Commandant Toral hat auf die Aufforderung General Chastres, die Stadt zu übergeben, nach längerer Bedenkzeit erklärt, daß er bis zum Meckersten kämpfen werde. Die Stadt ist weiter zu Lande und von der Flotte bestossen worden. Die Operationen der amerikanischen Truppen scheinen aber durch starke Regengüsse gehemmt werden zu sein. In der belagerten Stadt selbst herrschen trostlose Zustände. Neben der Hungersnoth ist jetzt auch das gelbe Fieber zum Ausbruch gekommen, über dessen Auftreten auch in anderen Orten Mittheilungen vorliegen.

In Madrid ist die Cabinets-Krisis noch immer in der Schwebe. Es scheint sich schwer ein Nachfolger Sagastias zu finden, der die Verantwortung für die Eröffnung von Friedensverhandlungen übernehmen will.

Wie der „Kreuzzeitung“ aus Paris mitgeteilt wird, hat Frankreich neuerdings gleichzeitig in Madrid und Washington wegen der Anbahnung der Friedens-Verhandlungen sondirt und rechnet hierbei auf die Unterstützung Englands, welchem ursprünglich die Initiative zur Einleitung der Friedensvermittlung zugelaßt war. Der vollen Unterstützung Russlands sei Frankreich um so sicherer, als Russland den dringendsten Wunsch hege, daß Spanien den zwecklosen Kampf einstelle.

Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Washington gemeldet wird, wäre die völlige Räumung Cubas und Portoricos von Seiten Spaniens das nicht herabzumindernde Mindestmaß an Forderungen, bei welchem Amerika in eine Erörterung der Frage der Beendigung des Krieges eintreten könnte.

Inzwischen hat der spanisch-amerikanische Krieg zu einem heftigen Conflict zwischen den Vertretern der Union und Dänemarks auf den dänischen Antilleninseln geführt.

Der dänische Gouverneur Oberst von Hedemann hat dem Consul der Vereinigten Staaten in St. Thomas, van Horne, erklärt, daß die in St. Thomas lagernde amerikanische Kohle Kriegscontrabande und daß es eine Verletzung der Neutralität Dänemarks sei, wenn diese Kohle von Amerika benutzt würde. Die Amerikaner würden daher an der Entferrnung der Kohle durch ein dänisches Kreuzerboot gehindert werden. Der amerikanische Consul erwiderte, die Kohlen würden dann mit Gewalt genommen werden, worauf Gouverneur von Hedemann erklärte, wenn das versucht werden sollte, würden die im Hafen und den angrenzenden Gewässern befindlichen ausländischen Kriegsschiffe auf die Amerikaner feuern. Consul van Horne hat geantwortet, er werde trotzdem versuchen, die Kohle wegzuschaffen. Ueber die Angelegenheit ist nach Washington berichtet worden.

Der Conflict zwischen den Herren von Hedemann und van Horne kann, wie man sieht, recht böse Folgen haben. Aber hauptsächlich giebt das große Amerika gegenüber dem kleinen Dänemark nach, zumal als ja jetzt die amerikanische Flotte die Kohlen nicht mehr so dringend notwendig braucht.

Die Dreifusangelegenheit.

Picquarts Brief an Briffen hat ins Lager des Generalstabes wie eine Bombe eingeschlagen. Rahmung vor Nach, forderte die Generalstabskomitee die Verhaftung des unruhigen Mannes, der in Dänische der Lüge und des Nichts seine glänzende militärische Laufbahn geopfert hat. Ein heftiger Widerspruch, Rache und Gefühlsregungen als Antwort auf das unheilvolle Verbrechen, vor Gericht die Wichtigkeit beja, die Fälligkeit der Generalstabs-Documente zu beweisen! Das spricht Böse. Die elenden Resultate werden es in ihrer Reich gar nicht, daß sie damit selber die famosen Documente als unter aller Kritik stehend preisgeben. Traxien, belandlich Präsident des Senats und

Polen aus weichen Däch, Pommern, Meidchen aus Rand, aus weichen Rändern, Naturerregung und sogar weiche Zusammenhänge. In der Mitte bejaht sich als Decorum, trotzdem daß die Jahreszeit noch nicht so weit vorgeschritten war, ein Kränzen von Confessionsangelegenheiten und Schläger von weichen Rändern, weiche Seitenhänge, ein heftiger leichter Widerspruch, der sich wie ein Rückenwund von Lüge und wieder Dreifusigkeit entzündet.

Wahnen: Beweisen Sie mir Ihren drei Stunden, die der Größe nach neben einander liegen — Weidchen, Comand, Senats — und wurde irgendwo über den letzten, den jüngsten, weil er nun sich selbst und ein Stück von Welt-Romane nicht ergehen wollte, das ihm Dänisch ungenügte.

— So verhalte sich doch nicht! ... Glauben Sie nicht, Frauen, daß es ja so ist?

Und mit dem Namen Bild der ersten Stunden, die sich nicht befragen läßt, sollte sie den Geist, die Japan, die Fälligkeit der Nacht.

— Nein, es geht er, sagte sie endlich. ... Es ist nicht eine Arbeit, wenn man dieses keine Zeit haben mag. ... Jetzt brauche ich noch einen Mann für dieses große Verbrechen.

Denn heute alle Hände voll zu thun, da die Abrechnung endlich geklärt wurde. Sie sagte den verlassenen Worten, als sie plötzlich Herrschaft antrat:

— Wie! Da bist du? ... Was giebt es denn? Ihr Bruder Jean fand mit einem großen Fiedel in der Hand vor ihr.

Er hielt vor acht Tagen geschickter, und am Sonntag vor vier Tagen, eine oberirdische Leiter, die im „Geld der Kaiser“ geseht, so sie verführerische Umstände schenkte. (Fortsetzung folgt)

chemaliger Justizminister, richtete folgenden Brief an den Justizminister Carrien:

Herr Justizminister! Ich vernehme mit dem Gefühl großer Trauer, daß man zum zweiten Male unter Verletzung der gerichtlichen Regeln bei dem Lieutenant Colonel Picquart eine Hausdurchsuchung vorgenommen hat, ohne daß er anwesend oder aufgefordert worden war, ihr beizuwohnen. Gegenüber dieser Vergrößerung, welche besonders durch den nicht achtenden Charakter der gegen Picquart ungeländigten Strafverfolgung an Ernst gewinnt, mache ich davon Gebrauch, daß er heute Abend bei mir blüht, um ihm ein Asyl anzubieten. Wenn seine Verhaftung stattfinden soll, halte ich darauf, um ihm Beihilfen zu ersparen, daß man ihn von unter meinem Dach holen lasse. Das Unrecht ist proclamirt, die Gerechtigkeit ist verkannt, ich fühle meine Sinne beunruhigt und meinen Geist in Trauer. Traxien.

Esterhazy geriet, als der Untersuchungsrichter Vertulus ihm seine Verhaftung verkündigte, in furchtbare Aufregung und meinte. Esterhazy stieß dann Drohungen aus und soll gesagt haben: „Jetzt werde ich auch sprechen.“ — Auch in der Wohnung der Frau Esterhazy sollte eine Hausdurchsuchung vorgenommen werden; dieselbe unterblieb jedoch, da Frau Esterhazy auf dem Lande weilte. In der Wohnung der Geliebten Esterhazys wurden zahlreiche Papiere beschlagnahmt.

Die Verhaftung Esterhazy's soll auf Grund einer Prüfung verschiedener Schriftstücke beschlossen worden sein, die, wie man annimmt, von Esterhazy dictirt und von seiner Geliebten Madame Pays auf seine Veranlassung geschrieben sein sollen. — Nach anderweitiger Meldung soll die Verhaftung Esterhazy's wegen Wechselfälschung erfolgt sein.

Die gesammte Presse der Dreyfuspartei protestirt in der denkbar schärfsten Form gegen die Anklage Picquarts. Alle Blätter der Partei heben hervor, daß Picquart sich wegen jener angeblichen Indiscretion bereits vor dem Militärgericht zu verantworten gehabt und bestraft sei und daß das Vorgehen den Grundsatz Non bis in idem verlege. Alle verlangen, daß ebenso gut Cavaignac wegen Veröffentlichung der Geheimpapiere in den Anklagezustand versetzt werde. Der Socialist Gerault-Richard drückte in der „Pet. Republ.“ seinem politischen Gegner Traxien seine Bewunderung aus.

Während die Häuser anlässlich des Nationalfestes im Festschmuck prangen, herrscht in der Bevölkerung fieberhafte Erregung. Die Leute, welche gestern vor Picquarts Wohnhause „Tod dem Verräther“ riefen, erhielten heute Kenntniß davon, daß Picquart im Hause des ehemaligen Justizministers Traxien verhaftet werden sollte, wo alle sogenannten Intellektuellen sich ein Rendezvous geben. Ein großes Wachaufgebot wurde vor Traxien's Hause postirt.

Die collectivistischen Studenten von Paris, deren Organisation sich der allgemeinen Pariser Organisation der guesdistischen Arbeiterpartei angliedert, haben eine scharfe Resolution gegen die sozialistische Fraction wegen deren Haltung in der Dreyfus-Interpellation gefaßt. Die Gruppe der collectivistischen Studenten u. a. so heißt es darin, „schmerzlich betroffen durch die Haltung der 23 Socialisten, die mit den Herren Viviani und Millerand an der Spitze es für nöthig erachtet haben, mit ihrem Votum den elenden Erfolg eines Ministers zu erhöhen, der Laïci des Generalstabes ist; insbesondere beschämt durch das Votum der Abgeordneten der französischen Arbeiterpartei Guesdisten, die sämmtlich für den öffentlichen Anschlag der Rede Cavaignacs votirt haben),

drückt ihre Ueberraschung aus dem Herrn Lévaës, einem ehemaligen Mitglied der Gruppe der collectivistischen Studenten, der sich nicht scheut hat, durch sein Votum sich mit den schlimmsten Feinden des Proletariats solidarisch zu erklären;

entbietet dem Bürger Jaurès den Ausdruck ihrer glühenden Sympathie und versichert ihn ihrer ganzen Bewunderung für die von ihm mit unvergleichlichem Muth geführte Campagne;

und spricht den Wunsch aus, es möge unverzüglich eine allgemeine Versammlung aller kämpfenden Mitglieder der socialistischen Organisationen von Paris einberufen werden, und desgleichen in der Provinz, um die Abgeordneten auf ihre socialistische Pflicht aufmerksam zu machen, die sie kettenlichen parlamentarischen Rücksichten unterordnen und von der sie übrigens einen sehr unzulänglichen Begriff zu haben scheinen. Nieder mit dem Militarismus! Hoch die sociale Revolution!“

Aus China.

Im Aufstand in Schchina ist es zum offenen Kampf zwischen den Aufständischen und den kaiserlichen Truppen gekommen, wobei die Letzteren den kürzeren gezogen haben. Nachrichten aus Canton zufolge haben die Rebellen jetzt neun Städte genommen und die kaiserlichen Truppen westlich von Batschan geschlagen. In Batschan sind Aufschläge angebracht, welche erklären, der Krieg sei gegen die Beamten gerichtet, und welche die Bürger ermahnen, die Stadt zu verlassen, bevor die Rebellen sie angreifen. Die Behörden von Canton haben 8000 Gewehre gekauft und verhandelt wegen des Ankaufs von Maschinenkanonen.

Nach einer Shanghai „Dalziel“-Meldung erreicht die Rebellion in der Provinz Kwangsi einen beunruhigenden Umfang. Die Sicherheit des neuen Vertragshafens Kantschan ist bedroht; Janghien, Peilei und Santschan sind gefallen. Die Führer des Aufstandes seien Männer, die längt aus Amerika zurückgekehrt. Der Zweck des Aufstandes sei die Wiederbelebung der Taiping-Bewegung, deren Abzeichen die Aufständischen angelegt haben.

Gerüchte sind im Umlauf, daß die Franzosen von Tonkin aus ihren Stellung ausziehen, die Rebellion zu nähren, in der Hoffnung, zur Herstellung der Ordnung beizutragen zu werden.

Die Notwendigkeit der Reform der chinesischen Armee hat nach dem „Dial. Lloyd“ Prinz Heinrich von Sachsen gegenüber mit Nachdruck be-

Arbeiterbewegung.

Der Streit in Jaworzno ist, wie gemeldet wird, beendigt. Nachdem man den Arbeitern eine kleine Lohn-erhöhung zugestanden, haben sie die Arbeit wieder aufgenommen.

Vom Hamburger Bäckerstreit. Alle Versuche Seitens des Arbeitgeberverbandes und des mit ihm liierten Bäcker-Innungsvorstandes, einen wirksamen Gegenboykott gegen die Meister, die bewilligt haben, zu entfalten, sind bisher miß- glückt.

In Magdeburg ist jetzt eine Anzahl Italiener ange- kommen, welche die Plage der streikenden Bauarbeiter ein- nehmen sollen.

Der Grazer Bäckerstreit ist der Meldung des Herold-Bureaus zu Folge beendet.

Aus aller Welt.

Ueber das Hochwasser der Harzflüsse, das in Folge des anhaltenden Regens am Sonntag und Montag in der Harz- niederung und im Braunschweigischen verheerend gehauert, sich jetzt aber wieder verlaufen hat, werden nachfolgende Einzelheiten inter- essiren.

Durch Biensatische getödtet wurden in Rudow bei Kpritz am Sonnabend 4 junge Störche.

Eine eigenartige, ansteckende Krankheit, von dem Arzte Haarsall-Krankheit genannt, herrscht seit mehreren Wochen unter den Schülern aller Schulklassen in Mergheim.

Ein Mordanschlag eines 16jährigen Barbierlehrlings gegen die Familie seines Meisters wurde in Neunkirchen nach rechtszeitig entdeckt und vereitelt.

Eine schreckliche Pulverexplosion wurde durch eine Kessel- explosion in einer Pulverfabrik in der Nähe von Dover in New Jersey (Nordamerika) verursacht.

Eine Kesselexplosion fand am Montag Abend 1/10 Uhr von Wien abgegangenen Passagierdampfer „Sifela“ Dienstag Mittag bei Grein (Ober-Österreich) an der Donau statt.

Das amerikanische Schiff „Delaware“ ist am letzten Freitag Nacht auf der Höhe von Newport verbrannt.

und Kinder gelangten in die hinabgelassenen Boote. Darauf bestieg die Mannschaft flücht. Viele von den Fahrgästen hatten nur Nacht gewänder an, so schnell mußten sie aus ihren Kajüten auf Deck eilen.

Der Mörder der Anna Simon, der Rittmeister Boitschew, ehemaliger Günstling und Vertrauter des Fürsten Ferdinand, und sein Mordgehilfe, der ehemalige Polizeipräsident Kowelic, wurden am Mittwoch früh im Hofe des Gefängnisses zu Philippopol durch den Strang hingerichtet.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 14. Juli 1898.

Zu den Stadtverordnetenwahlen!

Im Herbst d. J. finden wiederum die Wahlen zum Bres- lauer Stadtverordnetencollegium statt. Das reaction- näre preußische Gemeindevahlrecht verhindert allerdings eine Be- theiligung der Arbeiter an den Gemeindevahlen, wie sie das Wahl- recht zum Reichstage bei der Wahl des höchsten gesetzgebenden Körpers ermöglicht.

Auch für die Breslauer Arbeiterschaft, die eben wieder ihre Vertreter im Reichstage zu einem glänzenden Sieg geführt hat, ist es nunmehr unabwiesbare Ehrenpflicht geworden, endlich einmal auch in das Stadtparlament Vertreter zu senden, die gewillt und im Stande sind, den be- rechtigten Anforderungen der Breslauer Arbeiter in der Gemeindevverwaltung Geltung zu verschaffen.

Diese Aufgabe wird jedoch nur erfüllt werden, wenn die Arbeiterschaft auf dem Posten ist, wenn sie von ihrem Stadt- verordneten-Wahlrecht wirklich Gebrauch macht.

Die Wählerlisten für die Stadtverordneten-Wahlen liegen zur Einsicht für Jedermann aus:

Vom Freitag, den 15. Juli, bis Sonnabend, den 30. Juli, Vormittags von 8—1 Uhr, Nachmittags von 3—6 Uhr, und zwar im Hause Elisabethstraße Nr. 10, Zimmer Nr. 6, parterre.

Wahlberechtigt zur dritten Abtheilung ist jeder mindestens 24 Jahre alte männliche Einwohner der Stadt Breslau, welcher 1. Preussischer Staatsangehöriger ist, 2. Seit min- destens einem Jahre in Breslau wohnt, 3. Gemeinde-Ein- kommensteuer im Betrage von mindestens 1 Mark 19 Pf. vierteljährlich gezahlt hat, 4. Seit einem Jahre eine öffent- liche Armenunterstützung nicht empfangen hat.

Wer diese Bedingungen erfüllt hat, hat Anspruch auf Ein- tragung in die Wählerliste und die Pflicht, sich so rasch wie möglich zu überzeugen, daß sein Name in der Wähler- liste enthalten ist!

Die vom 15. bis 30. Juli, Vormittags von 8—1 Uhr, Nach- mittags von 3—6 Uhr, im Hause Elisabethstraße 10, Zimmer 6, parterre, ausliegende Wählerliste kann jeder Einwohner ein- sehen, auch wenn er nicht wahlberechtigt ist. Auch beschränkt sich das Recht der Einsichtnahme und das Einspruchsrecht nicht auf die eigene Person des Einsich- nenden, dieses Recht erstreckt sich vielmehr auf die ganze Liste, deren Ein- sichtsnahme also nicht verweigert werden darf!

Es können also mehrere Wähler eine Person (die nicht Wähler, sondern nur Einwohner der Stadt zu sein braucht) mit der Einsichtnahme der Liste und eventuell mit der Reclamation zur Aufnahme der fehlenden Wahlberechtigten in die Wählerliste bean- tragen!

Es empfiehlt sich, bei Einsichtnahme der Wählerliste die letzte Steuerquittung mitzubringen.

Diejenigen Wahlberechtigten, welche nicht in die Wähler- liste eingetragen sind, müssen bis spätestens 30. Juli d. J. ein Gesuch um nachträgliche Aufnahme in die Wähler- liste entweder direct an den Beamten, der mit Vorlegung der Wählerliste beauftragt ist oder schriftlich an den Magistrat der Stadt Breslau richten.

Das Gesuch (mündlich oder schriftlich) muß enthalten die ge- nauen Angaben über Vor- und Familiennamen, Alter, Stand, Wohnung Staatsangehörigkeit und Be- trag der gezahlten Gemeinde-Einkommensteuer, event. auch Nummer des Steuerbezirks und der Steuerrolle.

Die sofortige mündliche Reclamation nach Einsicht- nahme in die Wählerliste empfiehlt sich besonders und ist schon aus diesem Grunde das Mitbringen der letzten Steuerquittung notwendig.

Nochmals, Arbeiter Breslau's, seid Eurer Pflicht eingedenk und überzeugt Euch rechtzeitig, in der Zeit vom 15. bis 30. Juli d. von, ob Eure Namen in die Wählerliste zur Stadtverordneten- wahl eingetragen sind!

Streikbrecher nach Hamburg! Das war in den letzten Wochen die Devise der Bäckerinnungsmeister, der „Perren in der Backstube“. Sie versuchten nach Kräften besonders auf die jüngeren Gesellen einzuwirken, damit diese nach Hamburg gingen und den bedrängten Meistern Hilfe leisteten.

wesenden Gesellen fanden sich jedoch nur neun, die den Ver- lockungen folgten.

Einen sehr bezeichnenden Beitrag zu der Wirkung des Margarinegesetzes bringt der soeben er- schienene Jahresbericht des Waaren-Einkaufs-Vereins zu Görlitz. In demselben heißt es: „Das Margarinegesetz ver- anlaßte uns, in Görlitz den seit fünf Jahren betriebenen Handel mit Tafelbutter aufzugeben. Zur Beschaffung der im Gesetz geforderten getrennten Verkaufsräume konnten wir uns nicht verstehen.“

Die Folgen der „weisen“ Mittelstandspolitik. Wir berichteten kürzlich, daß die Firma Gebrüder Barasch für ihr in Beuthen O.S. bestehendes Waarenhaus eine Um- jagsteuer von über 10000 M. jährlich in die Kommunalkasse zahlen soll.

Schule und Landwirtschaft. Von geistlicher Seite wird der „Schl. Volksz.“ geschrieben: Ein wahres Kreuz für Lehrer und Geistliche sind zur Zeit die Schulkinder, die Nachmittags auf „Lohnarbeit“ gehen.

Die Regierung gestattet den Urlaub und die Arbeit, um auf diese Weise in etwas dem Mangel an landwirthschaftlichem Arbeiterpersonal abzuhelfen. Es wäre consequent gewesen, wenn nun die Schulbehörde auch die Anforderungen des Schulplanes herabgesetzt hätte.

Endlich wird auch einmal von ultramontaner Seite auf die verderblichen Folgen der Kinderarbeit hingewiesen. Damit ist aber freilich nicht das Geringste erreicht. So lange das Centrum sich gegen einen wirksamen Arbeiterschutz sträubt, ist an eine Milderung der jetzigen Zustände nicht zu denken.

Die ober-schlesischen Zwangsvegetarianer und die Regierung. Schon jetzt, kaum vier Wochen nach der Wahl, hat die Regierung gezeigt, daß sie aus dem Ausfall der Wahlen in Ober-schlesien entweder überhaupt nichts gelernt, oder wenn sie etwas gelernt, daß schon wieder vergessen hat: sie denkt nicht daran, die Schweineperre aufzuheben.

Das war das Ergebnis einer der letzten Doppelher Handels- sammlungen, in der die Frage der Erleichterung der Schweine- einfuhr ziemlich eingehend besprochen wurde, und zwar in Gegen- wart eines Regierungsvertreters, des Departements-Thierarztes Dr. Arndt, der auch selbst in die Verhandlungen eingriff.

Angeregt wurde die Erörterung dieser Frage durch eine Peti- tion des Beuthener Bankiers Bankoberger, in der — zum wiederhelt Male? — nachgewiesen war, daß in Folge der Grenzperre (seit dem 15. Juni 1896 dürfen wöchentlich nur 1360 Stück russische Schweine in den Industriebezirk gebracht werden; der Bedarf dieser Gegend bezieht sich aber auf 2600 Stück und inländische Schweine werden hier so gut wie gar nicht eingeführt).

Neuerst auffällig war es, daß während der Beratung dieses Gegenstandes auf den Antrag des Regierungsvertreters Dr. Arndt die Deffinitivität ausgeschlossen wurde. Warum vertragen denn die „Gründe“ der Regierung gegen die freie Einfuhr von Schweine- fleisch das Recht der Deffinitivität nicht? Wurde etwa das „be- rühmte“ Anwachsen der Socialdemokratie im Industriebezirk in Verbindung mit der Grenzperre besprochen, und in welchem Sinne? Nach den bürgerlichen Blättern zu urtheilen, war der Ausschluß der Deffinitivität eine grundlose Maßregel, nicht als die „alten Remellen“ wurden gegen die Aufhebung der Grenzperre vor- gebracht.

Das Ende war, daß der Antrag auf Freigabe der Schweine- einfuhr abgelehnt wurde.

Aggraviert ist Trumpp auch fernerehin; für das Anwachsen der Socialdemokratie ist das jedoch durchaus nicht ungünstig.

Zum Feilenhauerstreit geht uns von der Aus- ländigen folgendes Schreiben zu: Der Streik der hiesigen Feilenhauer dauert, wie bekannt, un- verändert fort. Es wurde zwar beschlossen, das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen, dies wurde jedoch wieder aufgegeben, da der Streik nur die Ausländigen eine sehr große Be- lastung genommen hat. Die günstige Wendung enthält sich jedoch.

